

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 19. 09. 2015, Neunkirchen

Entschließung Nr. 4

Für einen saarländischen Klinikverbund in öffentlicher Trägerschaft - keine Privatisierung des städt. Klinikum Neunkirchen

Die Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP-Saarland lehnt die von der Stadtverwaltung Neunkirchen beabsichtigte Privatisierung des städtischen Klinikum ab. Wir unterstützen dagegen den Vorschlag der Gewerkschaft ver.di zur Schaffung eines saarländischen Klinikverbunds in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft.

Mit der Privatisierung des städtischen Krankenhauses Neunkirchen würde eine weitere bedeutende Einrichtung der Daseinsfürsorge im Saarland ein Opfer der Kaputtsparpolitik von Bund und Land. Die sog. Schuldenbremse, getragen von allen parlamentarischen Parteien, außer der Partei Die Linke, erweist sich erneut als Methode der Aushöhlung des Sozialstaatsgebots des Grundgesetzes. Die finanzielle Notlage der Krankenhäuser ist weder mit dem Durchsetzen rigoroser Einsparungen noch mit Privatisierungen zu ändern.

Das Gesundheitswesen in Deutschland ist krank: zu wenig Ärzte in der Fläche, zu wenig Krankenhausbetten, Investitionsstau in den Krankenhäusern, zu wenig Personal, ungenügende Bezahlung der Arbeit, ungenügende finanzielle Ausstattung der Krankenhäuser und dadurch Verluste für die öffentlich rechtlichen Träger ... Nach Angaben der Gewerkschaft ver.di fehlen allein in den Kliniken im Saarland ca. 3000 Mitarbeiter_innen. Dies führt zu krankmachenden Arbeitsbelastungen bei Mitarbeiter_innen.

Die gesamte Daseinsfürsorge wird im Ergebnis der Austeritätspolitik, des Kaputtsparens und Sozialabbaues mehr und mehr privatisiert. Die finanzielle Verantwortung für Gesundheit und Alter sollen die Menschen persönlich übernehmen. Die Träger der öffentlich-rechtlichen Unternehmen der Daseinsfürsorge Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime u.a. bewegen sich konzeptionell im Rahmen der Schuldenbremse, die Einrichtungen werden an private oder kirchliche Träger verkauft.

Wir lehnen die Privatisierung des Klinikums Neunkirchen ab aus gesundheitspolitischen, aus sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Gründen! Private Krankenhauskonzerne, auch die in kirchlichen Trägerschaften, arbeiten in erster Linie gewinnorientiert.

- Eine Privatisierung wird zu einem Abbau von Krankenhausbetten führen. Bereiche, Abteilungen, die sich nicht „lohnen“ für die Kapitaleigner, im modernen Sprachgebrauch „Investoren“ genannt, werden geschlossen.
- In Folge der Privatisierung werden nach der tarifvertraglichen Übergangszeit die Träger versuchen für die Beschäftigten die Gehälter und Sozialleistungen zu kürzen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Neben diesen sozialen Gesichtspunkten leiden durch die steigende Belastung der Beschäftigten auch die PatientInnen.
- Sollte das städtische Krankenhaus gar in Trägerschaft eines der kirchlichen Krankenhauskonzerne geraten, wären im nord-östlichen Saarland nur noch das St. Ingberter Kreiskrankenhaus und die Uni-Klinik Homburg nicht in kirchlicher Trägerschaft.

Dies hätte zusätzliche Auswirkungen für Beschäftigte und PatientInnen. Das kirchliche Arbeitsrecht beinhaltet soziale und demokratische Einschränkungen der Rechte der Beschäftigten. Neue BewerberInnen müssen einer der beiden „Staatsreligionen“ angehören; Angehörige anderer Religionen oder gar Religionslose und Atheisten (mehr als 30% der Bevölkerung Deutschlands) werden von vorn herein abgewiesen. Auch für

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 19. 09. 2015, Neunkirchen

PatientInnen ist es nur eingeschränkt möglich, sich in einem nichtkonfessionellen Krankenhaus behandeln zu lassen.

Seit mehreren Jahren machen die Gewerkschaft ver.di, die Personalvertretungen und Beschäftigten durch vielfältige Aktionen auf die schwierige Situation aufmerksam und entwickeln Vorschläge. U.a. hat ver.di vor einigen Monaten ein Konzept zur Bildung eines öffentlich rechtlichen Verbundklinikums veröffentlicht und dieser Tage wieder darauf hingewiesen.

Die DKP im Saarland ist solidarisch mit der Gewerkschaft ver.di, den kämpfenden Betriebs- und Personalräten und MitarbeiterInnen-Vertretungen und den Belegschaften in ihrem Kampf für eine Reform des Gesundheitswesens im Interesse der Beschäftigten und Patienten und für eine gesamtgesellschaftliche Finanzierung. Wir unterstützen den Vorschlag von ver.di für ein Verbundklinikum im Saarland. Wir unterstützen die „Krankenhauspetition für mehr Personal im Krankenhaus“. www.der-druck-muss-raus.de.

Wir lehnen die sog. Schuldenbremse und die entsprechende Kaputtsparpolitik ab und haben mehrfach alternative finanz- und weitere politische Vorschläge gemacht.

Eine Privatisierung des Neunkircher Klinikums ist eine politische Entscheidung – und dies kann verhindert werden,

- wenn die Beschäftigten und der Betriebsrat, unterstützt von ver.di sich dagegen wehren,
- wenn die anderen Gewerkschaften in der Region Neunkirchen dies solidarisch unterstützen,
- wenn in der Öffentlichkeit eine Kampagne dazu entwickelt wird,
- wenn die Linken im Neunkircher Stadtrat, in den Gemeinden und Kreistag Widerstand entwickeln.

Vor ~30 Jahren ist die Schließung der Kinderklinik Kohlhof durch öffentlichen Widerstand verhindert worden. Der Erhalt des Neunkircher Klinikum in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft kann ebenfalls gelingen. Die Mitglieder der DKP werden dies unterstützen.

Einstimmig beschlossen